

Seite 2

Fünf Fragen an... Manuel Hagel

Der 37-jährige CDU-Landes- und Fraktionsvorsitzende ist Spitzenkandidat für die Landtagswahl am 8. März 2026 und gilt als vehementer Verteidiger des Automobilstandorts Baden-Württemberg. Seine Kernforderung: Das EU-Verbrennerverbot ab 2035 muss komplett gekippt werden. Als gelernter Bankkaufmann und ehemaliger Sparkassen-Filialdirektor kennt er die betriebswirtschaftlichen Realitäten des Mittelstands.

Seite 3

Kfz-Gewerbe und ADAC wollen enger zusammenarbeiten

Wie steht es um die individuelle Mobilität – und wie unterschiedlich bewerten Autofahrer und Kfz-Betriebe die Lage? Diese Frage stand im Mittelpunkt eines Treffens, zu dem die Kfz-Innung Region Stuttgart Anfang Dezember Vertreter des ADAC Württemberg und unseres Verbandes eingeladen hatte. Beide Seiten loteten aus, wo es Ansatzpunkte für eine engere Zusammenarbeit gibt.

Seite 4

THG-Prämie: Zusätzliche Ertragspotenziale für Kfz-Betriebe aktiv nutzen

Die Treibhausgasminderungsquote (THG-Quote) gewinnt angesichts verschärfter Klimaziele weiter an wirtschaftlicher Bedeutung.

Aus den Innungen

Region Stuttgart: Sechs neue Fachkräfte für Young- und Oldtimertechnik: Erster ZET-Lehrgang erfolgreich abgeschlossen.

Spitzentreffen mit Cem Özdemir

CB. Am 8. März wählt Baden-Württemberg einen neuen Landtag. Als Nachfolger von Winfried Kretschmann als Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg geht für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Cem Özdemir ins Rennen. Er sagt: „Baden-Württemberg ist eine der lebenswertesten Regionen der Welt und das soll so bleiben. Klimaschutz, Wohlstand und Bildung stehen hierbei für uns im Fokus.“ Kurz vor Weihnachten traf Özdemir in einem über dreistündigen Austausch auf die Spitzen des baden-württembergischen Handwerks. Für das Kfz-Gewerbe mit dabei: Hauptgeschäftsführer Carsten Beuß. Wie wichtig dies war, zeigte sich sogleich an den Themen des Abends. Breiten Raum nahmen die wirtschaftlichen Herausforderungen gerade in der Automobilbranche, die Transformation sowie die Frage der Nachwuchssicherung im Handwerk ein.

Große Herausforderungen

Özdemir machte deutlich, dass Baden-Württemberg vor gewaltigen Herausforderungen steht. Er habe einen wachen Sinn für den Wert der Arbeit. Wohlstand verwalten – das könne nicht das Ziel sein. Unser Pfund sei immer unser Mut und Erfindergeist gewesen. Bertha Benz sei nicht in ihrer Stube hocken geblieben, sondern fuhr im August 1888 mit dem von ihrem Mann Carl Benz entwickelten Automobil von Mannheim nach Pforzheim – und machte so seine grandiose Erfindung



Bild: Verband

Dialog zu automobilen Fachthemen: Hauptgeschäftsführer Carsten Beuß im Gespräch mit Cem Özdemir.

bekannt und begehrt. Er drückte seine Überzeugung aus, dass wir es in Baden-Württemberg selbst in der Hand haben, wieder ganz vorne mit dabei zu sein, wenn an allen Ecken und Enden Neues entsteht: Künstliche Intelligenz, klimaneutrale Autos, Quantentechnologie oder eine ganz neue, personalisierte Medizin.

Automobilwirtschaft im Fokus

Zentrale sei für ihn deshalb: Das Auto der Zukunft muss aus Baden-Württemberg kommen. Er wolle Schnellladesäulen ausbauen, faire Preise garantieren und autonome Shuttles ausprobieren. Baden-

Württemberg sei ein Green-Tech-Standort und diese Zukunftstechnologien wie die Batteriezellenproduktion müssten gesichert werden.

Beuß wies auf besondere Themen des Kfz-Gewerbes bei der Elektromobilität hin: fehlendes Kundenvertrauen in die Haltbarkeit von Batterien und die Wertlosigkeit von gebrauchten E-Fahrzeugen, zu hohe Ladestrompreise und eine noch nicht ausreichende Ladeinfrastruktur. Gebrauchte E-Fahrzeuge müssten daher viel stärker in den Fokus der Politik rücken, um auch künftig bezahlbare Mobilität für alle Bevölkerungsschichten gewährleisten zu können und den Kfz-Werkstätten ein zukunftsgerichtetes und erfolgreiches Geschäft zu ermöglichen.

Fachkräfte und Betriebsnachfolge sichern

Das Handwerk ist zentral für alle Bereiche – denn wenn wichtige handwerkliche Leistungen nicht mehr erbracht werden, steht vieles still. Doch damit das Handwerk der Motor des Mittelstands bleibt, braucht es auch künftig viele neue Meisterinnen und Meister. Deshalb sind die 2020 eingeführte Meisterprämie und der Meistergründungszuschuss wichtige finanzielle Anreize. Das stieß auch beim Spitzenkandidaten auf Verständnis und Zustimmung: „Ich habe mir genau überlegt, was ich im Wahlkampf versprechen kann – und auch was in diesen Zeiten finanziell nicht möglich ist. Das Verspre-

chen, die Meisterprämie zu erhöhen und den Meistergründungszuschuss zu verlängern, ist eine Investition in eine nachhaltige Zukunft und Entwicklung unseres Landes“, so Özdemir. Absolventinnen und Absolventen einer Meisterprüfung erhalten derzeit in Baden-Württemberg eine Prämie von 1.500 Euro. In anderen Bundesländern ist diese Prämie bereits deutlich erhöht worden – sie dient dazu, die Kosten eines Meisterstudiums auszugleichen und so die Ungleichbehandlung des Meisterstudiums gegenüber einem für den Teilnehmer kostenfreien Studium an einer Hochschule aufzuheben.

Bürokratie und Verwaltungseffizienz

Das Thema Baugenehmigungen und Umsetzungspraxis der Landesbauordnung wurde ebenso diskutiert wie zu lange Verfahrensdauern, ineffektive Zulassungsstellen und überforderte Ausländerbehörden. Darüber hinaus braucht es einen echten Abbau von Überregulierung und Dokumentationspflichten. Abschließend hob Özdemir hervor: „Das Handwerk ist die Stütze unserer mittelständisch geprägten Wirtschaft. Wir brauchen nicht nur Master, wir brauchen mehr Meister. Unser Land hat immer Stärke daraus gezogen, dass bei uns viele Wege zum beruflichen und persönlichen Erfolg führen. Wir wollen auch den Anreiz erhöhen, sich selbstständig zu machen oder Betriebe zu übernehmen. Darum müssen wir Betriebsnachfolgen attraktiver machen.“

ZDK ehrt Vizepräsident Rainer Biedermann

Silberne Ehrennadel zum 75. Geburtstag für Verdienste um die Berufsbildung und für freie Werkstätten

DR. Mit der Silbernen Ehrennadel des Zentralverbandes Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe (ZDK) ist Rainer Biedermann, Vizepräsident des baden-württembergischen Kfz-Verbandes und Obermeister der Kfz-Innung Hohenlohe-Franken, zu seinem 75. Geburtstag ausgezeichnet worden. Verbandspräsident Michael Ziegler überreichte die hohe Ehrung bei einer Feierstunde in Schwäbisch Hall und würdigte dabei ein Vierteljahrhundert erfolgreicher Verbandsarbeit. „Sie sind einfach eine Wucht“, zitierte Ziegler eine frühere Laudatio und charakterisierte damit treffend Biedermanns Arbeitsstil: Wenn er etwas anpackt, dann richtig. Seit 25 Jahren führt der Jubilar die Kfz-Innung Hohenlohe-Franken als Obermeister, seit 2017 gestaltet er als Vizepräsident die Geschicke unseres Landesverbandes mit.

Vorreiter in der Berufsbildung

Seine größten Verdienste liegen in der Modernisierung der Berufsausbildung. Als Vorsitzender unseres Berufsbildungs-

ausschusses trieb Biedermann die Weiterentwicklung vom Kraftfahrzeugmechaniker zum Mechatroniker und deren Umsetzung in die Praxis mit voran und sorgte für die frühzeitige Integration der Hochvolttechnik.

Sein Mut zeigt sich besonders beim dreijährigen Berufskolleg in Crailsheim: Als vor 23 Jahren dieser „Schulversuch“ startete, waren viele skeptisch. Biedermann setzte sich trotz aller Zweifel dafür ein – heute ist es ein Erfolgsmodell mit Dreifachqualifikation: Gesellenbrief, Berufskolleg-Abschluss und optional Fachhochschulreife.

Als Vorsitzender des Berufsbildungsausschusses trägt er maßgeblich dazu bei, dass die Integration in der Ausbildung gelingt – heute haben 50 Prozent der Auszubildenden einen Migrationshintergrund und finden erfolgreich ihren Weg ins Handwerk.

Besonders am Herzen liegt ihm die praktische Nachwuchsförderung. Im Projekt mit dem Albert-Schweitzer-Kinderdorf Waldenburg arbeitete er tagelang persön-



Bild: Verband

Der Jubilar hatte gut lachen: Rainer Biedermann erhielt die silberne ZDK-Ehrennadel.

lich mit Jugendlichen. „Am Ende hatten sie nicht nur ein Auto für ihr Kinderdorf, sondern eine Berufsperspektive“, hob Ziegler hervor.

Engagement auf Bundesebene und für freie Werkstätten

Auf Bundesebene wirkt Biedermann nicht nur im Berufsbildungsausschuss mit, sondern bringt sich maßgeblich in

die Arbeit der Bundesfachgruppe Freie Werkstätten ein. Er kämpft unter anderem erfolgreich dafür, dass auch kleine Betriebe Zugang zu technischen Herstellerinformationen erhalten.

Würdigung eines Lebenswerks

Die Geburtstagsfeier war eigentlich schon zum 70. geplant, musste aber coronabedingt verschoben werden. „Mit Zinsen“, wie Ziegler schmunzelnd anmerkte, wurde sie jetzt nachgeholt. Dass Biedermann auch in persönlich äußerst herausfordernden Zeiten sein Engagement unvermindert fortsetzt, beeindruckt Weggefährten besonders.

„Diese Auszeichnung erhalten nur ganz wenige Ehrenamtsträger in Deutschland“, unterstrich Ziegler die Bedeutung der ZDK-Ehrung. Mit einem Toast „Auf das große Ganze!“ würdigte die Gäste einen Mann, dessen Lebenswerk weit über Baden-Württemberg hinauswirkt.

Manuel Hagel

DR. In unserer Interview-Reihe „5 Fragen“ stellen wir jeweils fünf Fragen zu aktuellen Themen des Kfz-Gewerbes. Heute: Manuel Hagel. Der 37-jährige CDU-Landes- und Fraktionsvorsitzende

ist Spitzenkandidat für die Landtagswahl am 8. März 2026 und gilt als vehementer Verteidiger des Automobilstandorts Baden-Württemberg. Seine Kernforderung: Das EU-Verbrennerverbot ab 2035 muss

komplett gekippt werden. Als gelernter Bankkaufmann und ehemaliger Sparkassen-Filialdirektor kennt er die betriebswirtschaftlichen Realitäten des Mittelstands.

Wir wollen von ihm wissen:

Sie haben unserem Gewerbe ein jährliches Arbeitsfrühstück mit der CDU-Fraktion angeboten. Das ist gut. Denn unsere Betriebe brauchen Planungssicherheit. Wenn Sie 2026 Ministerpräsident werden: Was sind Ihre drei konkreten Prioritäten für die rund 4.000 Autohäuser, Werkstätten und Tankstellen im Land?

Erstmal: Wirtschaft hat wieder Priorität. Es wurde in den letzten Jahren viel darüber diskutiert, wie man Wohlstand verteilt – aber viel zu wenig darüber, wie er überhaupt entsteht. Mein Kurs ist klar: Baden-Württemberg muss wieder ein Land sein, das zuerst ans Erwirtschaften denkt. Das hat auch etwas mit Stabilität statt einem dauernden Zickzack-Kurs zu tun. Unsere Betriebe brauchen keine ideologischen Debatten, sondern Planungssicherheit – bei Antrieben, Investitionen und Geschäftsmodellen. Eine CDU-geführte Landesregierung steht für Technologieoffenheit, für Bestandschutz und für realistische Übergänge. Zweitens: Bürokratie runter, Alltag leichter machen. Wir wollen Betriebe spürbar entlasten: weniger Dokumentationspflichten, digitale Verfahren als Selbstverständlichkeit und klare, verlässliche Fristen bei Genehmigungen. Drittens: Wir denken jetzt an morgen, das heißt Ausbildung sichern und Fachkräfte halten. Mit einer verdoppelten Meisterprämie, gut ausgestatteten Berufsschulen und modernen Bildungsstätten sorgen wir dafür, dass Ausbildung, Nachwuchs und Betriebsnachfolge verlässlich bleiben. Darauf kommt es an.

Herr Hagel, Sie fordern unmissverständlich: „Das Verbrenner-Aus der EU muss weg.“ Wie aber will ein Ministerpräsident aus Stuttgart eine EU-Verordnung kippen, die bereits beschlossen ist, auch wenn jetzt in Details nachgeschärft wird? Ist das nicht ein Versprechen, das Sie gar nicht einlösen können

– und wecken Sie damit falsche Hoffnungen bei unseren Betrieben?

Bei einer CDU-geführten Landesregierung soll es zwei Sätze künftig nicht mehr geben: „Da kann das Land nichts machen“ und „Da ist das Land nicht zuständig“. Fast alles lässt sich ändern, wenn man möchte. Diese Ambition wollen wir zurück in die Landespolitik bringen. Wir setzen uns dafür ein, dass europäische Vorgaben technologieoffen gedacht und weiterentwickelt werden. E-Fuels, synthetische Kraftstoffe und moderne Verbrenner gehören dazu – ohne ideologische Scheuklappen. Gleichzeitig gilt: Was auf europäischer Ebene entschieden wird, darf im Land nicht zusätzlich verschärft werden. Wir sorgen dafür, dass unsere Betriebe nicht doppelt belastet werden. Meine Haltung ist eindeutig: Baden-Württemberg bleibt Autoland – aus Überzeugung und aus Verantwortung für hunderttausende Arbeitsplätze in unserem Land. Dafür machen wir uns beim Bund und der EU stark – und das zeigt auch Wirkung.

Als ehemaliger Bankbetriebswirt wissen Sie, was es bedeutet, wenn Anlagevermögen an Wert verliert. Unsere Händler erleben einen dramatischen Wertverlust bei gebrauchten E-Autos – teils 50 Prozent im ersten Jahr. Das macht Leasing-Raten unkalkulierbar und den Gebrauchtwagenmarkt toxisch. Welche konkreten Maßnahmen schlagen Sie vor, um hier Vertrauen und Transparenz zu schaffen?

Zu viele neue Vorgaben, Förderstopps und Richtungswechsel haben Vertrauen gekostet – und genau das sieht man heute bei den Restwerten. Darauf braucht es eine klare Antwort: Verlässlichkeit. Wer Investitionen erwartet, darf die Spielregeln nicht ständig ändern. Eine CDU-geführte Landesregierung sorgt dafür, dass Rahmenbedingungen Bestand haben und nicht im Jahrestakt neu justiert werden. Genauso wichtig ist Technologieoffenheit. Je breiter das Angebot an Antrieben, des-



Bild: Verena Müller

to stabiler bleibt die Nachfrage. Schließlich gilt: Entscheidungen müssen näher an der Praxis entstehen. Unsere Wirtschaft, Handel und Handwerk, wissen doch aus dem Alltag, was funktioniert und was nicht. Dieses Wissen muss frühzeitig einfließen, bevor neue Regeln gemacht werden. Mein Ziel ist dabei klar: Mobilität muss für die Menschen bezahlbar bleiben – und für die Betriebe wieder verlässlich kalkulierbar werden.

Sie sagen: „Wir brauchen Meister.“ Da sind wir uns einig. Sie fordern eine Erhöhung der Meisterprämie auf 3.000 Euro – Bayern zahlt bereits das Doppelte. Wann werden Sie gleichziehen, und wie stellen Sie sicher, dass unsere Berufsschulen und Bildungsstätten die personellen und sachlichen Ressourcen für die teuren Anforderungen der Ausbildung der Zukunft bekommen?

Das Handwerk steht bei uns schon immer ganz oben auf der Agenda. Tief verwurzelt in unseren Regionen und gleichzeitig immer Motor für Innovation. Als verlässliche Ausbilder, die jungen Menschen Zukunft geben, als Arbeitgeber, die Verantwortung leben und als Impulsgeber in der Stadt

und auf dem Land sind sie immer ein Anker, der für Stabilität sorgt. Die Verdoppelung der Meisterprämie ist ein klares Zeichen der Wertschätzung für Leistung, Verantwortung und unternehmerischen Mut. Unser Ziel bleibt: Die Meisterausbildung soll perspektivisch kostenfrei sein – weil berufliche Spitzenqualifikation genauso viel wert ist wie ein Hochschulabschluss. Wir haben uns als Union auch mit Nachdruck dafür stark gemacht, dass die überbetrieblichen Bildungsstätten im Sondervermögen des Landes berücksichtigt werden. Damit stehen die finanziellen Mittel zur Verfügung, um moderne Technik, beste Ausstattung und notwendige Investitionen voll umzusetzen. Das zahlt sich doppelt aus: für das Handwerk – und für die jungen Köpfe im Land. Wer heute in gute Ausbildung investiert, sichert für morgen die Fachkräfte und damit Zukunft unserer Betriebe.

Sie fordern ein „Verfallsdatum“ für Verordnungen zur Bürokratiebekämpfung. Für einen Kfz-Betrieb mit 15 Mitarbeitern ist das schwer greifbar. Welche konkreten Vorschriften würden Sie als Ministerpräsident als erstes streichen oder entschärfen?

Bürokratie ist für viele Betriebe wie Sand im Getriebe – da will ich ran. Als Erstes bei den Berichts- und Dokumentationspflichten, vor allem bei Umwelt, Energie und Statistikmeldungen. Heute kostet das zu viel Zeit, zu viele Nerven – und oft entsteht am Ende kein zusätzlicher Nutzen. Der zweite Punkt sind die endlosen Doppelerfassungen. Es darf nicht sein, dass dieselben Daten immer wieder neu gemeldet werden müssen. Mein Anspruch ist klar: einmal melden – und dann müssen die Daten da sein. Mir ist außerdem wichtig, dass jede neue Verordnung ein Verfallsdatum bekommt. Was sich nicht bewährt oder keinen echten Mehrwert bringt, muss wieder weg.

Handwerk und SPD-Fraktion im Austausch vor der Landtagswahl

DR. Im Vorfeld der Landtagswahl haben sich Vertreter des baden-württembergischen Handwerks mit der SPD-Landtagsfraktion zu einem Gespräch getroffen, um die drängenden Themen der Landespolitik und die Ideen der SPD für die neue Legislaturperiode zu diskutieren. An dem Austausch im Dezember nahm auch Hauptgeschäftsführer Carsten Beuß teil. Gesprächspartner auf Seiten der SPD-Fraktion war neben mehreren weiteren Abgeordneten auch deren Vorsitzender Andreas Stoch.

Im Mittelpunkt standen Themen, die das Kfz-Gewerbe unmittelbar betreffen: die Zukunft der Digitalisierungsförderung, die Fachkräftesicherung und die Finanzierung der beruflichen Bildung.

Kritik an gestrichener Zuschussvariante Beim Thema Digitalisierung sprachen die Handwerksvertreter die Streichung der Zuschussvariante bei der „Digitalisierungsprämie Plus“ an, die seit Juli 2025 nur noch als Darlehen verfügbar ist. Für

viele kleinere Betriebe entfalten Kredite jedoch nicht die gleiche Anreizwirkung wie direkte Zuschüsse – ein Problem, das

auch zahlreiche Kfz-Betriebe betrifft, die in IT-Infrastruktur und digitale Prozesse investieren müssen.



Bild: Handwerk BW

Vertreter des baden-württembergischen Handwerks und der SPD-Landtagsfraktion beim Austausch über Digitalisierungsförderung, Fachkräftesicherung und berufliche Bildung – eines der regelmäßigen Gespräche vor der Landtagswahl im März.

Einigkeit herrschte bei der Frage, dass dringend bezahlbarer Wohnraum benötigt wird. Für das Kfz-Gewerbe ist das Thema eng mit der Fachkräftesicherung verknüpft: Wer keine Wohnung findet, nimmt oft auch keinen Ausbildungsplatz an. Auch bei der Meisterprämie und deren künftiger Ausgestaltung stellten beide Seiten einen hohen Übereinstimmungsgrad fest.

Bekenntnis zu beruflichen Schulen

Ein klares Signal gab es zur beruflichen Bildung: SPD und Handwerk waren sich einig, dass an den beruflichen Bildungszentren und Berufsschulen nicht gespart werden darf. Für das Kfz-Gewerbe, das auf gut ausgestattete Bildungsstätten angewiesen ist, um den Nachwuchs auf die zunehmend komplexe Fahrzeugtechnik vorzubereiten, ist das eine zentrale landespolitische Forderung.

Das Gespräch war Teil der regelmäßigen Austauschformate zwischen Handwerk BW und den Landtagsfraktionen.

Kfz-Gewerbe und ADAC wollen enger zusammenarbeiten

DR. Wie steht es um die individuelle Mobilität – und wie unterschiedlich bewerten Autofahrer und Kfz-Betriebe die Lage? Diese Frage stand im Mittelpunkt eines Treffens, zu dem die Kfz-Innung Region Stuttgart Anfang Dezember Ver-

treter des ADAC Württemberg und unseres Verbandes eingeladen hatte. Beide Seiten loteten aus, wo es Ansatzpunkte für eine engere Zusammenarbeit gibt. Themen wie Elektromobilität, Ladeinfrastruktur und der Gebrauchtwagenmarkt für E-Fahrzeuge wurden ebenso besprochen wie die Frage, wie eine flächendeckende Versorgung durch Kfz-Betriebe langfristig gesichert werden kann.

Anknüpfen an frühere Projekte

Neu ist die Kooperation nicht: Bereits in der Vergangenheit haben Innung, Verband und ADAC gemeinsame Projekte umgesetzt, etwa zur Partikelfilternachrüstung. Auch bei den Schiedsstellen arbeiten beide Seiten seit Jahren zusammen. An diese Erfahrungen wollen die Partner nun wieder anknüpfen.

Konkrete Vorhaben wurden noch nicht vereinbart, aber die Gespräche sollen fortgesetzt werden. Ziel ist es, bei Themen, die Autofahrer und Werkstätten gleichermaßen betreffen, künftig mit einer starken gemeinsamen Stimme aufzutreten.



Vertreter von Kfz-Innung Region Stuttgart, Kfz-Verband und ADAC Württemberg beim Austausch über künftige Zusammenarbeit – anknüpfend an gemeinsame Projekte aus der Vergangenheit. V.l.n.r.: Christian Reher, Carsten Beuß, Carl-Eugen Metz, Holger Bach, Reiner Äckerle, Torsten Treiber, Thomas Kassner.

Kfz-Gewerbe unterstützt UBW-Forderungen

Dachverband fordert Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik

DR. Die Unternehmer Baden-Württemberg (UBW) haben kurz vor der Landtagswahl ein Positionspapier vorgelegt, das die Parteien zu einem wirtschaftspolitischen Kurswechsel auffordert. „Die Politik muss entschlossen an die strukturellen Ursachen der wirtschaftlichen Dauerkrise ran und die Transformation aktiv gestalten“, sagte UBW-Präsident Thomas Bürkle bei der Vorstellung in der Landespressekonferenz.

Die wirtschaftliche Lage sei alarmierend. Seit 2019 stagniere die Wirtschaft im Land, das für dieses Jahr prognostizierte Wachstum sei vor allem auf hohe Staatsausgaben und mehr Arbeitstage zurückzuführen. Eine aktuelle Allensbach-Umfrage im Auftrag der UBW zeige zudem: Die Bevölkerung zweifle zunehmend an der wirtschaftlichen Zukunftsfähigkeit Baden-Württembergs.

Sieben Handlungsfelder für die Landespolitik

Das Positionspapier benennt sieben zentrale Handlungsfelder. UBW-Hauptgeschäftsführer Oliver Barta: „Im Kern geht es darum: Wo braucht es noch mehr Förderung und Unterstützung der Unterneh-

men? Wo müssen sich die Rahmenbedingungen verbessern? Welche Hemmnisse sollten aus dem Weg geräumt werden?“ Konkret fordern die UBW unter anderem mehr Unterstützung für kleine und mittlere Unternehmen bei Digitalisierung und KI, Investitionen in marode Verkehrsinfrastruktur sowie eine Modernisierung der öffentlichen Verwaltung – etwa durch einen „One-Stop-Shop“ zur Beantragung von Leistungen bei einer einzigen Behörde.

Unser Verband unterstützt diese Forderungen. Viele der genannten Punkte decken sich mit unseren eigenen Positionen: Die Digitalisierung erfordert erhebliche Investitionen, die viele Kfz-Betriebe nicht allein stemmen können. Förderprogramme, die nur auf Darlehen setzen, entfalten gerade bei kleineren Betrieben zu wenig Wirkung. Und der bürokratische Aufwand bei Behördengängen bindet Ressourcen, die in den Betrieben dringend gebraucht werden.

Die UBW haben aus dem Positionspapier 26 Wahlprüfsteine abgeleitet, die den Parteien vorgelegt werden. Zudem laufen derzeit moderierte Einzelgespräche mit den Spitzenkandidaten.

Impulsfrühstück Mobilität 2040: Zukunft für Baden-Württemberg



Produktiver Austausch zwischen FDP-Fraktion und Mobilitätsverbänden.

CB. Ein reger Austausch zum Thema Verkehrspolitik hat jetzt bei einem Impulsfrühstück der FDP-Landtagsfraktion unter dem Titel „Mobilität 2040: Zukunft für Baden-Württemberg“ stattgefunden. Der Arbeitskreis Verkehr der FDP-Landtagsfraktion mit den Abgeordneten Christian Jung, Hans Dieter Scheerer und Friedrich Haag sowie namhaften Vertretern aus Wirtschaft und Mobilitätsverbänden traf sich dafür in der Akademie der schönsten Künste in Stuttgart. Mit dabei waren Präsident Michael Ziegler und Hauptgeschäftsführer Carsten Beuß für das Kfz-Gewerbe sowie Vertreter der Unternehmer Baden-Württemberg (UBW), MAHLE, der Bauwirtschaft BW, des VDMA, der den Maschinen- und Anlagenbaus vertritt, oder des Württembergischen Automobilclubs (WAC).

Jung machte die Richtung der FDP klar: Baden-Württemberg brauche dringend einen Politikwechsel in der Verkehrspolitik. Er forderte konsequent 600 Millionen Euro jährlich für den Erhalt der Landesstraßen. Eine intakte Infrastruktur sei die unverzichtbare Basis für unseren Wohlstand und die Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstands.

Jung betonte: „Im Bereich Infrastruktur ist seit Jahren viel zu viel liegen geblie-

ben. Hunderte Brücken und Stützbauwerke im ganzen Land sind marode und bedürfen einer schnellstmöglichen Sanierung. Geschieht dies nicht, sind Streckensperrungen unvermeidbar.“ Mit Blick auf den Güterverkehr hob er hervor, „wegen der vielen Unzulänglichkeiten, Verzögerungen und teils sehr langen Laufzeiten bei der Bahn werden wir auch zukünftig viel Güterlogistik auf der Straße erleben. Da brauchen wir eine belastbare Infrastruktur. Was wir gar nicht brauchen, ist eine zusätzliche LKW-Maut.“

Zudem forderten Jung und Haag Technologieoffenheit statt Verbote: Das Verbrennerverbot müsse endlich aufgehoben werden. Es müssten alle Wege genutzt werden, um unsere Klimaschutzziele zu erreichen. Verbote dürften Innovationen und die Mobilität der Bürger nicht ausbremsen. Ziegler und Beuß schilderten in diesem Zusammenhang die akuten Herausforderungen unserer Branche eindrucksvoll.

Alle Teilnehmer waren sich einig, diesen wichtigen Dialog fortsetzen. Denn gerade in diesen Zeiten muss die Stimme der Wirtschaft im Landtag gehört werden!

Personelle Wechsel bei der Tarifgemeinschaft

JC. Neu in den Vorstand der Tarifgemeinschaft für Betriebe des Kraftfahrzeug- und Tankstellengewerbes Baden-Württemberg (TGBW) gewählt wurde bei den turnusmäßigen Wahlen Thomas Brauch von der S&G Automobil AG. Brauch ist vor einigen Jahren in die Fußstapfen von Manfred Karle getreten, der zuvor die S&G Automobil AG in der Tarifgemeinschaft vertreten hatte. Er ist bereits seit 1990 für das Unternehmen tätig, zunächst in der Entgeltabrechnung, heute als Personalleiter für 22 Standorte der

S&G Gruppe. In den beiden vergangenen Tarifrunden hat er schon aktiv an den Tarifverhandlungen teilgenommen.

Aus dem Vorstand ausgeschieden sind Stefan Salbeck von der Schwabengarage GmbH in Stuttgart sowie Georg Kümmerle aus Mannheim. Der wiedergewählte Vorstandsvorsitzende Michael Jelinek dankte den beiden für ihre langjährige Mitarbeit im Vorstand und in der Tarifkommission. Kümmerle war das dienstälteste Mitglied der Tarifkommission und wurde bereits bei der Gründungsversammlung unserer Tarifgemeinschaft in den Vorstand gewählt.

Als stellvertretender Vorsitzender wurde Udo Müller von der Mercedes-Benz AG Vertriebsdirektion Württemberg im Amt bestätigt. Auch alle wieder angetretenen Kandidaten für die Tarifkommission und für das Amt der Kassenprüfer wurden wiedergewählt. Neu zur Tarifkommission dazugekommen sind Daniel Krämer vom Autohaus Melchinger GmbH, Thorsten Rubey von BMW AG in Stuttgart, Olaf Steinert für Held & Ströhle GmbH & Co. KG und Fabian Wille von Volkswagen Automobile Stuttgart. Alle waren bereits als kooptierte Mitglieder der Tarifkommission bei den diesjährigen Tarifverhandlungen dabei. Neuer dritter Kassenprüfer ist Daniel Krämer.



Schaden? Freude!

BANK11-EVOMOBIL
DIE TAGEGELDVERSICHERUNG, DIE SIE NICHT IM STICH LÄSST.

BANK 11



EU-Fahrzeugüberwachung auf dem Prüfstand

CB. Im EU-Verkehrsausschuss werden derzeit die Weichen für die Zukunft der technischen Fahrzeugüberwachung gestellt. Der ZDK fordert Nachbesserungen am Roadworthiness Package: eine EU-weite Anerkennung der Hauptuntersuchung, praxistaugliche Emissionskontrollen und einen diskriminierungsfreien Datenzugang. Jetzt gilt es, die Interessen des Kfz-Gewerbes wirksam in Brüssel zu vertreten.

EU reduziert Bürokratie

CB. Die EU vereinfacht ihre bisherigen Regelungen: Die Entwaldungsverordnung betrifft nun vor allem Unternehmen, die die Produkte erstmals in der EU in Umlauf bringen. Dies ist beispielsweise beim Vertrieb von Autoreifen wichtig. Das Lieferkettengesetz tritt erst 2029 in Kraft und gilt nur für Betriebe ab 5.000 Mitarbeitern, die CSRD ab 1.000 Beschäftigten. Dies nimmt die meisten Kfz-Betriebe und Autohäuser vom Anwendungsbereich aus, wobei etwaige nationale Regelungen natürlich weiterhin zu beachten sind.



Bild: © Frank H. – stock.adobe.com

AG. Die Treibhausgasminderungsquote (THG-Quote) gewinnt angesichts verschärfter Klimaziele weiter an wirtschaftlicher Bedeutung. Während aktuell über den ZDK-Kooperationspartner Geld für eAuto bereits 230 Euro pro Fahrzeug erzielt werden, ist für 2026 nach heutigem Marktstand mindestens von Prämien im Bereich von rund 165 bis 215 Euro auszugehen. Je nach Marktentwicklung sind auch höhere Erlöse möglich.



Bild: © Bildwerk – stock.adobe.com

THG-Prämie:

Zusätzliche Ertragspotenziale für Kfz-Betriebe aktiv nutzen

Für Kfz-Betriebe eröffnet sich hier ein relevantes zusätzliches Ertragspotenzial. Der Zentralverband Deutsches Kraftfahrzeuggewerbe (ZDK) empfiehlt daher ausdrücklich, die THG-Quote aktiv in die betrieblichen Abläufe zu integrieren. Seit Beginn der THG-Quote arbeitet der ZDK hierzu mit dem spezialisierten Anbieter „Geld für eAuto“ zusammen und stellt dem Kraftfahrzeuggewerbe eine praxistaugliche Branchenlösung zur Verfügung.

Was sind die Nutzungsmöglichkeiten der THG-Quote im Autohaus?

■ **THG-Prämie für eigene Fahrzeuge**
Eigenzulassungen, Vorführ- und Dienstfahrzeuge können unkompliziert angemeldet werden und ermöglichen zusätzliche Erlöse ohne nennenswerten administrativen Mehraufwand.

■ **THG-Erlöse aus Ladeinfrastruktur**
Öffentliche Ladepunkte auf dem Betriebsgelände können ebenfalls THG-relevant sein. Die abgegebene Strommenge kann im Rahmen der THG-

Quote vergütet werden und stellt damit einen weiteren wirtschaftlichen Baustein dar.

■ **THG-Quote im Kundengeschäft – Ausbau der Branchenlösung**
Über die ZDK-Kooperation stehen Kfz-Betrieben zwei Modelle zur Verfügung, um die THG-Quote auch im Kundengeschäft einzusetzen:

■ **Affiliate-Modell:**

Das Autohaus empfiehlt den Service an Kundinnen und Kunden und partizipiert an der Vermittlung.

■ **Agenten-Modell:**

Das Autohaus übernimmt die Beantragung der THG-Prämie für Kundinnen und Kunden eigenständig und kann die Vergütung flexibel ausgestalten, beispielsweise als Servicegutschein, Zubehörleistung oder Werkstattguthaben. Die Kundenkommunikation verbleibt vollständig beim Betrieb.

Gerade das Agenten-Modell ermöglicht eine langfristige Kundenbindung und lässt sich in bestehende Vertriebs- und After-Sales-Prozesse integrieren.

Hinweise zur Antragstellung:

Die Beantragung der THG-Prämie erfolgt einmalig, anschließend automatisiert jährlich. Eine rückwirkende Antragstellung ist nicht möglich. Für das Jahr 2026 müssen Anträge – abhängig vom Anbieter – spätestens bis Oktober gestellt werden.

Die Registrierung und Beantragung ist für Kfz-Betriebe über den ZDK-Kooperationspartner möglich unter: www.geld-fuer-eauto.de/unternehmen

Für Interessenten und bei Rückfragen zur Beantragung der THG-Prämie steht auch Herr Jonas Toujani von Geld für eAuto gerne zur Verfügung. E-Mail: jonas@geld-fuer-eauto.de



Aus unseren Innungen



Region Stuttgart

Sechs neue Fachkräfte für Young- und Oldtimertechnik: Erster ZET-Lehrgang erfolgreich abgeschlossen

DR. Der erste Zertifikatslehrgang „Zertifizierter Experte für Young- und Oldtimertechnik (ZET)“ der Hochschule für Wirtschaft und Umwelt Nürtingen-Geislingen (HfWU) ist erfolgreich abgeschlossen. Acht Monate nach dem Start im März erhielten sechs Absolventen im Technikmuseum Sinsheim ihre Zertifikate.

Der berufsbegleitende Lehrgang wurde ins Leben gerufen, um dem wachsenden Fachkräftemangel im Bereich Young- und Oldtimertechnik gezielt zu begegnen. Initiiert von Prof. Dr.-Ing. Reinhold Bopp (HfWU) und getragen von starken Partnern aus Handwerk, Industrie und Verbänden, verbindet der ZET fundierte Theorie mit einem außergewöhnlich hohen Praxisanteil.

Die feierliche Abschlussveranstaltung fand auf Einladung von Hermann Layher, Präsident der Technik Museen Sinsheim Speyer, statt. Die Abschlussprüfung bestand aus einem anspruchsvollen Theorieteil sowie einer praxisorientierten technischen Prüfung, die alle Teilnehmer erfolgreich meisterten.

Die Kfz-Innung Region Stuttgart ist Partner des Lehrgangs.

Der nächste Durchgang startet im Frühjahr – Informationen unter www.hfwu.de



Theorie am Motor: Der hohe Praxisanteil unterscheidet den ZET-Lehrgang von klassischen Weiterbildungen – hier bei einer Schulungseinheit in der Werkstatt.



Sechs Absolventen, ein neuer Abschluss: Die ersten zertifizierten Experten für Young- und Oldtimertechnik mit ihren Urkunden im Technikmuseum Sinsheim.

Bilder: Kfz-Innung Region Stuttgart